



Landkreistag Rheinland-Pfalz

Geschäftsführende Direktorin

Landkreistag Rheinland-Pfalz - Deutschhausplatz 1 - 55116 Mainz

**An die
Mitglieder der
Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“**

Mainz, den 26.08.2020
Az.: 508-000 Fr/Sä
☎ 06131 28655-215

**Anhörverfahren der Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“ zum Thema „Aktueller Forschungsstand der Wissenschaft“ am 11.09.2020;
Schriftliche Stellungnahme**

1 Anlage

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehme ich als sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission zu den Leitfragen für das Anhörverfahren am 11.09.2020 zum aktuellen Forschungsstand der Wissenschaft Stellung, soweit mir dies fachlich möglich ist. Dabei bitte ich um Verständnis, dass ich als Vertreterin eines kommunalen Spitzenverbandes und weniger aus sozialwissenschaftlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive zu den angesprochenen Fragen Stellung nehmen werde. Ich werde mich daher darauf beschränken, aus der kommunalen Praxis zu den möglichen Veränderungen im gesellschaftlichen Leben Stellung zu nehmen, die für Kommunen in Zukunft richtungsweisend und prägend sein können. Insoweit bitte ich um Verständnis, dass ich mich vor diesem Hintergrund auf die Beantwortung der Fragen Nr. 3 und 6 beschränken werde.

Frage 3. Welche Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben werden durch die Corona-Pandemie ausgelöst und welche sind davon langfristig und welche wahrscheinlich eher temporär?

Epidemien haben bereits in der Vergangenheit zu starken Veränderungen der Lebensweise oder gesellschaftlicher Strukturen geführt. Damit waren sie auch stets Triebfedern der Entwicklung zu

modernerer Lebensformen. Das lässt sich beispielsweise nachvollziehen für die Justinianische Pest im 6. Jahrhundert mit ihren Folgen für das Römische Reich oder für die Pest im 14. Jahrhundert mit ihren Auswirkungen auf das mittelalterliche Weltbild.

Zu der Frage, welche gesellschaftlichen Veränderungen die Corona-Pandemie möglicherweise bewirken wird, sind bereits zahlreiche Studien bzw. Einschätzungen veröffentlicht worden. Ich möchte mich im Folgenden auf einige wenige mögliche Veränderungen, die sich aus meinen Eindrücken für die Kommunen ergeben können, beschränken.

a) Stärkere Etablierung von Homeoffice, Videokonferenzen und Arbeiten in CoWorking Spaces als Arbeitsformen

aa) Homeoffice

Mit Beginn der Corona-Pandemie mussten Unternehmen, Verwaltungen und Selbständige sehr schnell auf einen breiten Einsatz von Homeoffice umstellen. Zwar haben sich schon vor der Corona-Krise Telearbeit und Heimarbeit als Alternativen zum Arbeiten am Büroarbeitsplatz etabliert, aber sicherlich nicht in der Breite, wie dies seit der Pandemie der Fall ist. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren und sind zum Teil noch in großer Zahl auf ihren häuslichen Arbeitsplatz angewiesen, um Betriebe und Verwaltungen arbeitsfähig zu halten. Das ist insbesondere dort der Fall, wo mehrere Beschäftigte nah zusammenarbeiten müssen, z. B. in Großraumbüros, bei Mehrfachbesetzung von Büroräumen oder generell bei beengteren räumlichen Verhältnissen. Soweit sich Arbeitsplätze für Homeoffice eignen, konnte und kann dadurch die Infektionsgefahr am Arbeitsplatz deutlich verringert werden. Das Arbeiten im Homeoffice hat viele Vorteile aufgezeigt, für Unternehmen und Verwaltungen ebenso wie für die Beschäftigten: während Unternehmen ihren Betrieb dadurch aufrechterhalten und einem Ausfall der Beschäftigten vorbeugen konnten, ergaben sich für die Beschäftigten zum Teil erhebliche persönliche Vorteile. Menschen mit Vorerkrankungen oder mit gefährdeten Haushaltsangehörigen konnten ihrer Arbeit nachgehen, ohne eine Infektion am Arbeitsplatz befürchten zu müssen. Beschäftigte, die wegen Schul- und Kitaschließungen ihre Kinder betreuen mussten, hatten die Möglichkeit, im Homeoffice ihrer Arbeit nachgehen zu können. Dies gilt allerdings nur für die Beschäftigten, deren Wohnraumsituation ein ungestörtes Arbeiten sowie ausreichend Platz für Lern- und Spielmöglichkeiten für die Kinder ermöglichte. Das breite Ausweichen auf den heimischen Arbeitsplatz trug in den Zeiten des Lockdowns als Nebeneffekt u. a. dazu bei, dass der Straßenverkehr spürbar abnahm. Es wird hier abzuwarten sein, wie sich dies im Herbst und Winter in der Zusammenschau mit einer ggf. eher verhaltenen Nutzung des ÖPNV und einer ggf. stärkeren Nutzung des eigenen Pkw weiterentwickeln wird. Man kann

sicherlich auch festhalten, dass das Arbeiten im Homeoffice dazu geführt hat, dass wieder mehr wohnortnah eingekauft wurde und sich auch Freizeitaktivitäten mehr im Bereich des Wohnumfeldes bewegten. Besonders im ländlichen Raum dürfte dies zu einer stärkeren Belebung der Dörfer geführt haben. Homeoffice hat allerdings auch Nachteile mit sich gebracht. Heimarbeit führt erfahrungsgemäß dazu, dass sich die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit auflösen bzw. verwischen. Dies dürfte sich mitunter negativ auf das familiäre und soziale Zusammenleben ausgewirkt haben.

Zu der Frage, wie die weitere Inanspruchnahme von Homeoffice eingeschätzt wird, kann sicher die Prognose abgegeben werden, dass sich Homeoffice auch langfristig stärker in Betrieben und Verwaltungen durchsetzen wird. Die Vorteile dürften auf Dauer die Nachteile, die zudem durch gute Führungstechniken und Absprachen in den Teams zu vermeiden sind, überwiegen. Hier ist insbesondere zu berücksichtigen, dass gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten die Betriebe bestrebt sein werden, durch den breiteren Einsatz von Homeoffice längerfristige Mietverhältnisse über Büroräume soweit möglich abzubauen bzw. zu vermeiden. Auch für Verwaltungen mit zusätzlichem Raumbedarf wird Homeoffice eine interessante Alternative darstellen. Homeoffice trägt zudem bei geeigneten räumlichen Verhältnissen zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei. Auch die Rolle von Homeoffice für die Reduktion von CO₂-Emissionen im Straßenverkehr sollte nicht unterschätzt werden. Schließlich sind auch die Vorteile von Homeoffice für die Belebung von Dörfern nicht von der Hand zu weisen. Zudem wird der ländliche Raum als - in der Regel preisgünstigerer - Wohnraum wesentlich attraktiver, wenn sich das Problem langer Wege zum Arbeitsplatz reduziert.

bb) Videokonferenzen

Für viele Beschäftigte gehörten Videokonferenzen bereits vor der Corona-Krise zum Berufsalltag. Mit Beginn der Pandemie mussten sich jedoch auch die Branchen oder Beschäftigten auf digitale Besprechungsformen einstellen, die bislang Videokonferenzen noch eher verhalten nutzten. Dabei wurden schnell auch die Vorteile sichtbar: längere Dienstreisen und Fahrtzeiten konnten eingespart werden, was nicht nur die Arbeit spürbar erleichterte, sondern auch für Betriebe und Verwaltungen zu Einsparungen bei Reisekosten führte. Zudem trägt die Vermeidung von Dienstreisen vor allem mit dem Pkw durch die Inanspruchnahme der Möglichkeiten von Videokonferenzen zum Klimaschutz bei.

Videokonferenzen sollen dabei die persönlichen Begegnungen nicht vollständig ersetzen. Der persönliche Austausch wird nach wie vor als sehr wichtig eingeschätzt. Es bleibt aber zu hoffen, dass

sich Videokonferenzen als sinnvolle Ergänzung persönlicher Vor-Ort-Termine auch langfristig etablieren, um die Zahl der Dienstreisen insgesamt zu reduzieren und dadurch Zeit, Kosten sowie CO2-Emissionen zu sparen.

cc) CoWorking Spaces

CoWorking Spaces sind auch und vor allem im ländlichen Raum geeignete und sinnvolle Alternativen zum täglichen Pendeln oder zum Arbeiten von zuhause aus. Letzteres insbesondere in den Fällen, in denen geeignete Räumlichkeiten für Heimarbeit nicht vorhanden sind. Sie vereinigen die Vorteile vom Arbeiten am Büroarbeitsplatz - den persönlichen Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen - mit denen im Homeoffice, wohnortnah zu arbeiten. Sie tragen mit der Vermeidung langer Wege zum Arbeitsplatz zum Klimaschutz und zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.

Während des Lockdowns haben vereinzelt Hotels, die für den regulären Tourismus nicht öffnen durften, ihre Hotelzimmer zum Arbeiten vermietet und damit praktisch als CoWorking Spaces genutzt. Die etablierten CoWorking Spaces mussten demgegenüber zu Beginn der Pandemie rückläufige Nutzerzahlen verzeichnen. Dies hing mit den Folgen der Kurzarbeit bzw. der wirtschaftlichen Beschränkungen, aber auch vereinzelt mit der örtlichen räumlichen Situation (Verkehrswege und Mindestabstände in Meeting-Rooms) und dadurch bedingten Vorbehalten der Nutzer zusammen. Zwischenzeitlich haben sich die CoWorking Spaces allerdings gut mit Hygienekonzepten auf die Situation eingestellt und haben wieder mehr Zulauf.

Wünschenswert wäre es, wenn die Corona-Krise den CoWorking Spaces einen größeren Stellenwert verschaffen würde. Die Krise hat sehr deutlich die Chancen dezentralen Arbeitens aufgezeigt. Die Vorteile für den Klimaschutz, für eine Entlastung des Straßenverkehrs und für eine Förderung der Belebung von Dörfern liegen auf der Hand. Auch die Vorzüge gegenüber dem einfachen Homeoffice, das von einigen Menschen im Lockdown wegen fehlender sozialer Kontakte oder wegen ungünstiger räumlicher Bedingungen nicht als Alternative zum Arbeiten im Betrieb oder in der Verwaltung angenommen wurde, steigern die Attraktivität von CoWorking Spaces und stellen für Betriebe und Verwaltungen, die ihren Raumbedarf reduzieren möchten, eine gute Alternative zum Büroarbeitsplatz da.

dd) Voraussetzung für eine langfristige Etablierung dieser Arbeitsformen

Unabdingbare Voraussetzung für eine stärkere Nutzung von Homeoffice, Videokonferenzen und CoWorking Spaces ist allerdings, dass die Digitalisierung massiv weiter vorangetrieben wird. Sowohl der Breitbandausbau als auch die Schließung von Lücken in der Mobilfunkversorgung müssen beschleunigt werden. Das zuweilen noch belächelte Ziel „5 G an jeder Milchkanne“ hat heute im Sinne einer flächendeckenden hochwertigen Mobilfunkversorgung mehr Bedeutung und Dringlichkeit denn je.

Ähnliches gilt für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und die untrennbar damit verbundene Digitalisierung von Fachverfahren und des Backofficebereichs in den Verwaltungen. Die Krise hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Bürgerinnen und Bürger digital auf Leistungen der Verwaltung zugreifen können und die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter deren Anträge auch digital bearbeiten können.

b) Steigerung der Attraktivität des Lebens in ländlichen Räumen

In der Krise haben sich die Vorteile des Wohnens in weniger dicht besiedelten Regionen gezeigt. Auch der Tourismus in Deutschland orientierte sich krisenbedingt stärker in ländliche Räume. Die großen Immobilienportale verzeichnen derzeit vermehrt Kaufanfragen im ländlichen Raum. Das Leben in den Dörfern scheint somit an Attraktivität deutlich gewonnen zu haben. Sollte sich zudem der Trend zu verstärkt dezentralem Arbeiten längerfristig durchsetzen, könnte dies eine stärkere Orientierung in ländliche Gebiete fördern und infolgedessen zu einer Entlastung der angespannten Wohnungssituation in den Städten und zu einer steigenden Belebung der Dörfer führen. Ob dies der Fall sein wird, wird allerdings auch davon abhängen, ob die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dauerhaft gelingt. Hierfür müssen die Mobilität, die Infrastruktur (Schulen, Verkehrswege, Versorgung mit schnellem Internet) und die Ärzteversorgung sowie die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum verbessert werden. Vor allem beim Thema Mobilität ist die Rolle des ÖPNV gerade in Zeiten von Corona stärker in den Blick zu nehmen. Eine konsequente Durchsetzung der Maskenpflicht sowie Imagekampagnen für den ÖPNV tragen dazu bei, dem ÖPNV wieder zu gewohnter Stärke zu verhelfen.

c) Stärkung des Ehrenamts

Die Krise hat die Stärken des Ehrenamts in Rheinland-Pfalz deutlich herausgestellt. Zu nennen ist das Engagement der Ehrenamtlichen etwa in der Feuerwehr und bei den Rettungsdiensten. Vor-

bildlich war auch die Nachbarschaftshilfe, so etwa die Einkaufshilfen für gefährdete, vor allem ältere Menschen, die vor Ort durch Vereine und Ehrenamtliche organisiert wurde. Auch der öffentliche Gesundheitsdienst wurde mit Hilfe Ehrenamtlicher unterstützt und konnte so z. B. den Aufgaben der Kontaktverfolgung bei steigenden Infektionszahlen nachkommen.

Ob die Krise langfristig das ehrenamtliche Engagement weiter verstärken wird, wird vor allem davon abhängen, wie ehrenamtliches Engagement über die Wertschätzung in der Bevölkerung hinaus auf Dauer seitens des Staates gefördert wird.

d) Klimaschutz

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des Klimaschutzes besonders eindringlich vor Augen geführt.

Zum einen zeigt die Corona-Krise deutlich, dass der Artenschwund und die zunehmende Verdrängung von Arten aus ihren Lebensräumen Zoonosen begünstigt und dieser sog. Spillover Pandemien verursachen kann. Zwar steht noch nicht fest, auf welchem Weg das Virus vom Tier auf den Menschen überggesprungen ist, ob über Fledermäuse, Schuppentiere oder eine andere Tierart. In der Wissenschaft wird jedoch weitgehend davon ausgegangen, dass ein Spillover vom Tier auf den Menschen der Auslöser der Corona-Pandemie war. Maßnahmen zum Schutz der Natur und der Biodiversität sind daher auch Maßnahmen der Pandemievorsorge.

Zum anderen hat uns der Lockdown und seine - wenn auch nur temporären - Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß sowie auf die Natur insgesamt vor Augen geführt, dass Maßnahmen zum Schutz des Klimas - wenn auch wie in diesem Fall eher unfreiwillige - Aussicht auf Erfolg haben und der Prozess des Klimawandels kein unumkehrbarer ist, sofern Klimaschutzmaßnahmen konsequent und nachhaltig umgesetzt werden und es so gelingt, die zunehmende Erderwärmung aufzuhalten.

Um die temporäre Reduktion der CO₂-Emissionen in eine langfristige und konstante Entwicklung zu lenken, ist es von entscheidender Bedeutung, in der bevorstehenden wirtschaftlichen Rezession Klimaschutzmaßnahmen nicht etwa ad acta zu legen oder zeitweise auszusetzen, sondern diese im Gegenteil weiter auszubauen. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung und die flankierenden Maßnahmen der Landesregierung zum Klimaschutz in der Corona-Krise sowie die Maßnahmen von Bund und Land zum Schutz des Walds gehen daher in die richtige Richtung und sind ebenso zu begrüßen wie zu unterstützen.

e) *Verlust oder Stärkung des Vertrauens in die staatliche Ordnung?*

Dass Deutschland bislang vergleichsweise glimpflich durch die Corona-Krise gekommen ist, ist auch und vor allem dem besonnenen, umsichtigen und kompetenten Umgang mit der Pandemie und ihren Herausforderungen durch die politischen Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen zu verdanken. Dies hat das Vertrauen in die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Politik und staatlicher Organe in weiten Teilen der Bevölkerung gestärkt. Inwiefern dies auch im weiteren Verlauf der Pandemie aufrechterhalten werden kann, wird vor allem davon abhängen, ob und wie es der Politik gelingen wird, vor allem einschränkende Maßnahmen und deren Notwendigkeit überzeugend zu kommunizieren sowie deren Durchsetzbarkeit sicherzustellen. In diesem Zusammenhang hat eine gute Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsstrategie eine ebenso wichtige Bedeutung wie eine gute und möglichst reibungslose Abstimmung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen sowie zwischen Entscheidungsträgern und für die Umsetzung von Entscheidungen Verantwortlichen.

Frage 6: Welche Erkenntnisse hat die wissenschaftliche Forschung bislang zu den Wirkungen der Corona-Pandemie und der in unserem Land erfolgten Bekämpfungsmaßnahmen auf die Wirtschaft insgesamt und auf besonders betroffene Branchen , unter Berücksichtigung der Wirkungen auf die Arbeits- und Ausbildungsplätze, die Wirkungen der Hilfsprogramme und die Perspektiven für die kommenden Monate ?

Zu der Frage, welche Erkenntnisse es zu den Wirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft, zu den Wirkungen von Hilfsprogrammen sowie zu den Perspektiven für die kommenden Monate gibt, ist es ohne Frage wichtig, wissenschaftliche Studien und Expertise heranzuziehen. Daneben sollten jedoch unbedingt auch die Menschen gefragt werden, die in den vergangenen Monaten zentrale Ansprechpartner für die Unternehmen und Selbständigen waren und es in den kommenden Monaten weiterhin sein werden: die Wirtschaftsförderer der Kommunen. Der Informations- und Beratungsbedarf der Unternehmen und Selbständigen vor Ort war immens. Die Wirtschaftsförderer waren und sind dabei ein ganz wichtiger und zentraler Partner für die hilfesuchenden Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie übernahmen die Funktion eines „Kummerkastens“, von empathischen und wertschätzenden Zuhörern und von Kümmerern. Sie richteten Online-Austauschformate ein und legten Tourismuskampagnen auf, um ihren Betrieben, der Gastronomie und Hotellerie unter die Arme zu greifen. Wer meint, dass die Wirtschaftsförderer in Zeiten des Lockdowns und des Herunterfahrens der Wirtschaft weniger zu tun gehabt hätten, irrt: die kommunalen Wirtschaftsförderer waren extrem gefordert und standen ihren Unternehmen und Selbstän-

digen in der Krise tatkräftig bei. Die kommunalen Wirtschaftsförderungen haben daher einen maßgeblichen Anteil an der guten wirtschaftlichen Krisenbewältigung in Deutschland.

Im Folgenden wird über Ihre Erfahrungen mit der Krise berichtet. Die Angaben resultieren aus einer Umfrage bei den Wirtschaftsförderungen der 24 rheinland-pfälzischen Landkreise, die zahlreich und sehr detailliert über ihre Erfahrungen mit der Krise und mit den eingesetzten Hilfsprogrammen berichtet haben. Dieser Stellungnahme beigefügt sind zudem Daten des Statistischen Landesamtes zu den Auswirkungen der Krise auf die betroffenen Wirtschaftszweige (**Anlage**).

Aus der jeweils regionalen Sicht und Erfahrung der Wirtschaftsförderer waren und sind insbesondere folgende Betriebe, Selbständige und Wirtschaftszweige von der Krise betroffen: die Hotel- und Gastronomiebranche, Dienstleister im Bereich der Veranstaltungsorganisation, des Messebaus und der Werbung, Autozulieferer, Soloselbständige und Freiberufler der Kreativwirtschaft, Branchen des Einzelhandels, die Freizeitdienstleistungen, sog. körpernahe Dienstleistungen wie Friseure, Physiotherapeuten, etc. und Fährbetriebe.

Welche Maßnahmen haben den Betrieben und Selbständigen nach den Erfahrungen der Wirtschaftsförderungen gut geholfen?

Gut gewirkt haben nach Angaben der Wirtschaftsförderer das Kurzarbeitergeld, das nach deren Auffassung auch weiter verlängert werden sollte, und das Soforthilfeprogramm (Zuschuss). Auch die steuerlichen Möglichkeiten, etwa Steuerstundungen und die Möglichkeit von vorgezogenen Verlustrückträgen waren und sind wichtige Unterstützungen zur Erhaltung der Liquidität in den Unternehmen.

Zwar sei zu Beginn des Soforthilfeprogramms beklagt worden, dass die Bearbeitungszeiten der Anträge bei der Investitions- und Strukturbank vergleichsweise lang gewesen seien, was für einzelne Unternehmen durchaus schwierig war. Positiv bewertet wurde jedoch, dass die ISB Wert auf die inhaltliche Prüfung gelegt hat, um jeweils eine rechtmäßige Bewilligung zu bescheiden. Zudem wurde anerkennend festgestellt, dass die ISB mit Hochdruck und hohem Personaleinsatz und Engagement die Anträge auf Soforthilfe abgearbeitet habe.

Als sehr gut und zielgerichtet wurde auch die Hilfe des Landes für Fährbetriebe genannt. Wie in vielen Betrieben gingen auch bei den Fährbetrieben die Einnahmen infolge sinkender Fahrgastzahlen zurück. Das Land gewährte neben den sonstigen Corona-Hilfen einen Zuschuss von 25 € pro geleistete Betriebsstunde, was ungefähr den Kosten für den Kraftstoff entsprach.

Die Zusammenarbeit zwischen Landesinstitutionen und den Wirtschaftsförderungen wird als sehr gut bezeichnet. Positiv wurde ebenfalls angemerkt, dass der Landkreistag ein Netzwerk der Wirtschaftsförderer eingerichtet und diese regelmäßig über rechtliche Grundlagen und Änderungen oder über neue Programme informiert hat.

Welche Programme haben weniger gut gewirkt und was ist noch verbesserungsbedürftig?

Der befristeten Umsatzsteuersenkung wird zum Teil eher weniger Wirkungskraft zugeschrieben. Auch die Soforthilfe-Kreditprogramme werden als eher weniger hilfreich angesehen, da die Unternehmen häufig darauf verweisen, dass sie in der Krise nicht Schulden machen möchten, die sie ggf. nicht werden zurückzahlen können. In einer Online-Umfrage bei Betrieben des Eifelkreises wurde der Zukunftsfonds Starke Wirtschaft RLP als nicht ausreichend angesehen. Insbesondere wurde die zwingende Verknüpfung des Zuschusses mit der verpflichtenden Darlehensaufnahme für Betriebe ab zehn Mitarbeiter als Benachteiligung empfunden.

Schwierig für die Unternehmen war nach Angaben der Wirtschaftsförderer auch die zeitliche Lücke zwischen der Corona-Soforthilfe bis Mai und der Corona-Überbrückungshilfe ab Mitte Juli. Zwar war für Letztere die Antragstellung rückwirkend zum 01.06.2020 möglich, aber in der Zeit zwischen Mai und Juli mussten sich die Unternehmen zunächst selbst helfen, was sich für einige Betriebe als problematisch erwies.

Problematisiert wurde vereinzelt auch, dass die angepassten Verfahren für die KfW-Kredite bzw. den Corona-Soforthilfe Kredit RLP nicht unbedingt zu einem erleichterten Zugang zur notwendigen Liquidität führten. Aufgrund der detaillierten Vorgaben der Förderbanken war durch die Hausbanken offensichtlich eine intensive Bonitätseinschätzung vorzunehmen. Diese Bonitätseinschätzung war so umfassend durchzuführen und zu bescheinigen, dass die Banken zum Teil davon ausgingen mussten, bei einem Ausfall des Gläubigers durch die Förderbanken in Haftung genommen zu werden. Die eigentlich mit den Kreditprogrammen bezweckte Haftungsübernahme durch den Bund oder das Land wurde damit über die Bonitätsprüfung faktisch konterkariert, so die Anmerkungen aus dem Kreis einzelner Wirtschaftsförderer.

Die Beantragung der Soforthilfe war zudem für Kleinstunternehmen eher schwierig. Viele hatten die Vorstellung, ihre Lebenshaltungskosten mit hineinrechnen zu können. Dass es zudem nur um Betriebskosten und nicht um entgangene Gewinne ging, war den Antragstellern ebenfalls nicht

klar. Die nur kurzen Erläuterungen im Antragstext waren für viele nicht hinreichend deutlich und erschwerten so die Antragstellung.

Was die Corona-Bekämpfungsverordnungen anbelangt, ergab sich für die Wirtschaftsförderungen die Schwierigkeit, dass Änderungen sehr kurzfristig kommuniziert und oftmals nicht hinreichend transparent erläutert wurden. Zudem waren Regelungen nicht immer aus sich heraus verständlich. Das führte zu einem hohen Nachfragebedarf und zu Unsicherheiten in der Auslegung vor Ort. Die Wirtschaftsförderer schlagen hier für die Zukunft die Einrichtung eines virtuellen Forums für die Fachbehörden und Ansprechpartner vor Ort vor, in dem Antworten der Ministerien auf Nachfragen eingestellt und somit für alle einheitlich abrufbar sind. Das würde auch den Nachfragebedarf in den Ministerien reduzieren.

Angeregt wurde zudem, die Investitionsbereitschaft und Investitionstätigkeit des Lager- und Transportgewerbes zu unterstützen. Bedauerlich sei, dass hier viele Akteure nicht in den Genuss von Regionalförderungen kommen können. Hier wird angeregt, spezielle Förderprogramme zu schaffen, um einer Wachstumsbranche entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Mit Sorge betrachten die Wirtschaftsförderungen auch die Tendenz sinkender Ausbildungsplätze. Auch hier besteht daher dringender Handlungsbedarf.

Angeregt wird zudem, für Tourismusunternehmen weitere nicht zurückzuzahlende Zuschüsse zu entwickeln, um Gastronomie und Hotellerie gut aus dieser Krise zu führen.

Bitburg-Prüm fordert zudem eine Erweiterung der Entschädigungsregelung nach § 56 des Infektionsschutzgesetzes für alle betroffenen Betriebe, die als Folge des Lockdowns und damit coronabedingt schließen mussten.

Krise als Chance?

Die Krise kann auch zur Chance werden, wenn jetzt die richtigen Weichenstellungen getroffen werden. Mit den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes werden hier sehr gute und kraftvolle Schritte getan.

Begleitend sollten zudem folgende Maßnahmen angegangen bzw. In Betracht gezogen werden:

- Eine gute Fördermittelberatung,
- eine Stärkung der kommunalen Wirtschaftsförderung,
- der verstärkte Aufbau von Netzwerken zum Informationsaustausch und zur Entwicklung von Strategien zur Bewältigung der Krise,
- die Chancen der Regionalisierung und damit verbunden regionaler Wertschöpfung zu nutzen, so z. B. im Bereich der erneuerbaren Energien,
- die Digitalisierung kraftvoll voranzubringen,
- Standortmarketing für den ländlichen Raum zu verstärken,
- Strategien zur Entwicklung von Resilienz zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Daniela Franke)
Geschäftsführende Direktorin

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz **Zusammenstellung von Auswertungen des Statistischen Landesamtes**

Die Daten des Statistischen Landesamtes vom Mai und Juni 2020 zeigen die ersten Folgen der Corona-Pandemie für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die bereits länger andauernde Rezession in Rheinland-Pfalz vertieft. Das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ging im ersten Quartal 2020 nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen des Statistischen Landesamtes um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Im Vergleich zum ersten Quartal 2019 sank die Wirtschaftsleistung um 2,6 %. Am schwächsten entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe. Die bereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich nahm im ersten Quartal um 0,8 % gegenüber dem Schlussquartal 2019 ab. Das Baugewerbe konnte nach einem Rückgang im Vorquartal wieder ein Wachstum verzeichnen; die Wertschöpfung erhöhte sich im ersten Quartal 2020 um 0,4 %. Deutlich verschlechtert hat sich die Lage in den Dienstleistungsbereichen. Hier reduzierte sich die Wertschöpfung um 0,6 %.

Rheinland-pfälzische Industrieproduktion

Lage im Mai 2020 nach Beendigung des Lockdowns

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Mai 2020 wieder deutlich gestiegen. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 7,4 % über dem Niveau des Vormonats. Der vorausgegangene Einbruch, der durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten verursacht wurde, konnte durch diesen Zuwachs allerdings nicht wieder ausgeglichen werden.

Die Produktionssteigerung ist auf das starke Plus in der Investitionsgüterindustrie zurückzuführen, deren Ausbringung im Mai um 76 % höher war als im Vormonat. Allerdings hatten die Investitionsgüterhersteller im April die mit Abstand stärkste Einbuße hinnehmen müssen. In der Vorleistungsgüter- und in der Konsumgüterindustrie war der Güterausstoß im Mai geringer als im Monat zuvor (- 5,9 % bzw. - 3,3 %).

Die drei größten Industriebranchen entwickelten sich unterschiedlich. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau, die zur Investitionsgüterindustrie gehören und die gemessen am Umsatz unter den Industriebranchen an zweiter und dritter Stelle stehen, ging es im Mai wieder aufwärts. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie erhöhte sich die Ausbringung besonders stark (+ 430 %), die Drosselung der Produktion

in den Vormonaten wurde nicht kompensiert. Im Maschinenbau fiel der Output um 43 % höher aus als im April. Der Güterausstoß der Chemieindustrie, die die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, verringerte sich hingegen deutlich (- 19 %).

Auch wenn in Teilen der Industrie Aufwärtstendenzen erkennbar sind, lag die preis-, kalender- und saisonbereinigte Industrieproduktion im Mai noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Im Vergleich zum Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte, sind in allen Industriebereichen kräftige Einbußen zu verzeichnen. Die Industrie produzierte im Mai 13 % weniger als im Februar. In der Konsumgüterindustrie sank der Güterausstoß um 15 %. Die Rückgänge in der Investitionsgüter- und in der Vorleistungsgüterindustrie weisen eine ähnliche Größenordnung auf (- 13 % bzw. - 12 %). Die Ausbringung der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war im Mai 21 % geringer als vor dem coronabedingten Einbruch. Aber auch die Chemieindustrie und der Maschinenbau haben sich noch nicht wieder vollständig erholt; ihre Produktion lag im Mai um 13 % bzw. 10 % unter dem Februar-Niveau.

Situation im Juni 2020

Im Juni 2020 ist die rheinland-pfälzische Industrieproduktion erneut angestiegen. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems auf der Basis vorläufiger Daten lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 2,9 % über dem Niveau des Vormonats. Der Einbruch, der durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten verursacht wurde, konnte durch diesen Zuwachs allerdings ebenfalls noch nicht wieder ausgeglichen werden.

In allen drei industriellen Hauptgruppen gab es Produktionssteigerungen. Die Hersteller von Konsumgütern produzierten 6,3 % mehr als im Mai. In der Investitionsgüterindustrie nahm die Ausbringung um 3,6 % zu. Den geringsten Zuwachs verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten (+ 1,2 %). Zwei der drei größten Industriebranchen erhöhten im Juni ihre Produktion. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, verbuchten die größte Steigerung (+ 11,6 %). Der Güterausstoß der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt, fiel um 1,9 % höher aus als im Vormonat. Der Maschinenbau drosselte seine Produktion um 1,3 %.

Im Juni ist eine Erholung erkennbar, dennoch lag die preis-, kalender- und saisonbereinigte Industrieproduktion deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die Ausbringung war um 11,5 % geringer als im Februar 2020, als die Corona-Pandemie sich auf die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig auswirkte. In der Konsumgüterindustrie und in der Vor-

leistungsgüterindustrie sind die Rückgänge zweistellig (- 15,6 % bzw. - 11,5 %). Der Output der Investitionsgüterhersteller fiel im Juni um 8,3 % geringer aus als vor dem Corona-bedingten Einbruch. In der Chemieindustrie lag der Güterausstoß um 12,9 % und im Maschinenbau um 11,1 % unter dem Vorkrisenniveau. Die Hersteller von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen, die zwischenzeitlich die stärksten Einbußen hinnehmen mussten, produzierten im Juni noch 6,9 % weniger als im Februar.

Nachfrage nach Industrieprodukten

Lage im Mai 2020 nach Beendigung des Lockdowns

Im Mai 2020 zog die Nachfrage nach Industrieprodukten etwas an, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems stieg der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex gegenüber dem Vormonat um 1,7 %. Während sich das Inlandsgeschäft merklich erholte (+ 19 %), gingen aus dem Ausland deutlich weniger Bestellungen ein als im April (- 8,4 %).

Die Entwicklung verlief in den Industriebereichen uneinheitlich. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern schrumpfte im Mai kräftig um 11 %, was auf das schwache Auslandsgeschäft zurückzuführen ist. In der Konsumgüterindustrie gab es leichte Einbußen (- 1,7 %). Die Hersteller von Investitionsgütern, deren Ordervolumen im April stark eingebrochen war, verzeichneten dagegen einen deutlichen Anstieg der Bestellungen (+ 25 %).

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich unterschiedlich: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie war das Ordervolumen mehr als doppelt so groß wie im Vormonat. Allerdings hatte die Branche im April den mit Abstand stärksten Einbruch erlebt. Im Maschinenbau, der auch zur Investitionsgüterindustrie gehört und die drittgrößte Industriebranche ist, stiegen die Bestellungen ebenfalls (+ 5 %). Die Chemieindustrie, die die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist und zur Vorleistungsgüterindustrie zählt, musste hingegen einen Nachfragerückgang hinnehmen (- 6,6 %).

Auch wenn sich in Teilen der Industrie Aufwärtstendenzen erkennen lassen, lagen die preis-, kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge im Mai noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Im Vergleich zum Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte, sind in allen Industriebereichen kräftige Einbußen zu verzeichnen. Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Mai um 21 % unter dem Februar-Niveau. Das Inlandsgeschäft schrumpfte mit - 9,7 % weniger stark als

das Ordervolumen aus dem Ausland (- 28 %). Die Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern reduzierte sich jeweils um mehr als ein Fünftel; die Bestellungen der Konsumgüterhersteller sanken um 18 %. Alle drei großen Branchen waren vom coronabedingten Einbruch der Auftragseingänge betroffen. Im Maschinenbau fiel das Ordervolumen im Mai um 25 % geringer aus als im Februar. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie in der Chemieindustrie schrumpfte die Nachfrage um 22 % bzw. 20 %.

Zugleich lagen die Bestellungen deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Mai 2020 um ein Viertel geringer als im Mai des Vorjahres.

Situation im Juni 2020

Im Juni 2020 zeichnete sich eine weitere Erholung der rheinland-pfälzischen Industrie von den Auswirkungen der Corona-Pandemie ab. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 5,8 % über dem Niveau des Vormonats. Während das Inlandsgeschäft nur leicht um 0,5 % zulegte, gingen aus dem Ausland deutlich mehr Bestellungen ein als im Mai (+ 9,3 %). Die Entwicklung verlief in den Industriebereichen uneinheitlich. Besonders kräftig stieg das Ordervolumen in der Investitionsgüterindustrie (+ 13 %). Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern erhöhte sich ebenfalls (+ 1,9 %). In der Konsumgüterindustrie gingen hingegen weniger Aufträge ein als im Mai (- 2,2 %).

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich unterschiedlich: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie stiegen die Bestellungen erneut deutlich (+ 26 %). Allerdings hatte die Branche im April den mit Abstand stärksten Einbruch erlebt. Im Maschinenbau erhöhte sich das Ordervolumen um 7,7 %. Die Chemieindustrie musste hingegen einen leichten Nachfragerückgang hinnehmen (- 0,4 %).

Auch wenn sich die Aufwärtstendenzen im Juni fortsetzten, lagen die preis-, kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge noch immer deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Im Vergleich zum Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte, sind in den meisten Industriebereichen nach wie vor kräftige Einbußen zu verzeichnen. Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Juni um 14 % unter dem Februar-Niveau. Die Nachfrage aus dem Ausland ging mit - 17 % stärker zurück als das Inlandsgeschäft, das um 10 % schrumpfte. Das Ordervolumen der Investitionsgüterindustrie fiel um 9,7 % geringer aus als im Februar. In der Konsumgüter- und in der Vorleistungsgüterindustrie waren die Rückgänge zweistellig (- 24 % bzw. - 16 %). Während

sich die Nachfrage in der Chemieindustrie (- 21 %) und im Maschinenbau (- 15 %) noch nicht wieder erholt hat, gingen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie im Juni 2,8 % mehr Bestellungen ein als im Februar.

Außenhandel

Durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verzeichnete der rheinland-pfälzische Außenhandel im Mai 2020 tiefe Einbrüche. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems belief sich der Wert der Ausfuhren nur noch auf 3,54 Mrd. €. Damit fielen die Ausfuhren - wie bereits im April - um 25 % geringer aus als im Vorjahresmonat (Deutschland: - 30 %). Der Wert der Einfuhren brach im Mai ebenfalls ein, und zwar um fast ein Drittel (- 30 %) auf 2,61 Mrd. € (Deutschland: - 22 %).

Ausfuhren

Wie bereits im April waren auch im Mai 2020 auf allen wichtigen Exportmärkten deutliche Rückgänge zu beobachten. Mit einem Minus von 32 % verzeichneten die Warenausfuhren in die anderen EU-Länder erneut einen starken Einbruch. Der Ausfuhrhandel mit den Ländern der Eurozone schrumpfte um 30 % und belief sich im Mai wertmäßig nur noch auf 1,37 Mrd. €. Besonders kräftige Einbußen gab es bei den Lieferungen in die Länder, die von der Corona-Pandemie stark betroffen waren: Spanien - 43 % im Vergleich zum Vorjahresmonat, Vereinigtes Königreich - 44 % und Italien - 31 %. Die Exporte nach Frankreich, dem größten europäischen Außenhandelspartner von Rheinland-Pfalz, der ebenfalls heftig von der Corona-Pandemie getroffen wurde, sanken um 29 % gegenüber Mai 2019. Der Wert der Exporte in die EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, reduzierte sich um 37 % auf 385 Mio. €.

Rückgänge prägten auch die Exporte auf die anderen Kontinente - mit Ausnahme der Ausfuhren nach Amerika: Der Wert der nach Amerika exportierten Waren blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 617 Mio. € nahezu stabil (- 0,1 %). Die Ausfuhren nach Asien fielen dagegen um 12 % auf 639 Mio. €. Die Lieferungen nach Australien und Ozeanien verringerten sich um 15 % auf 41 Mio. €. Die Ausfuhren nach Afrika halbierten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat nahezu auf 85 Mio. € (- 48 %).

Fünf der sechs für den Export besonders bedeutenden Güterabteilungen verzeichneten Rückgänge. Die Ausfuhren von Maschinen (- 29 %), chemischen Erzeugnissen (- 30 %), Gummi- und Kunststoffwaren (- 34 %) sowie Metallen (- 35 %) reduzierten sich im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreswert um ungefähr ein Drittel. Mit einem Rückgang um mehr als die

Hälfte ist der Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteilen am stärksten betroffen (- 51 %). Demgegenüber stieg die Ausfuhr von pharmazeutischen Erzeugnissen deutlich um 30 %.

Einfuhren

Die Einfuhren aus den EU-Mitgliedsstaaten sanken im Mai prozentual noch stärker als die Exporte. Im Vergleich zum Mai 2019 wurde aus dieser Ländergruppe wertmäßig 1,52 Mrd. € bzw. 38 % weniger Waren eingeführt. Die Importe aus den Ländern der Eurozone sanken sogar um 42 %.

Die Warenimporte aus dem von Corona besonders stark betroffenen Spanien verringerten sich um 80 %. Deutliche Rückgänge mit 22 % bzw. 45 % gab es auch bei den Einfuhren aus Italien und den Niederlanden. Aus den Ländern, die nicht der Eurozone angehören, wurde im Vergleich zum Vorjahr wertmäßig 344 Mio. € bzw. 20 % weniger eingeführt. Der Importwert aus dem übrigen Europa sank um 31 % auf 249 Mio. €.

Das Einfuhrgeschäft war im Mai mit allen Kontinenten rückläufig. Nur leicht gingen die Warenimporte aus Amerika und Asien zurück (- 5,7 % bzw. - 2,3 %). Prozentual deutlich stärker verringerte sich der Wert der Einfuhren von den anderen Kontinenten: Die Importe aus Australien und Ozeanien sowie Afrika verringerten sich im Vergleich zum Vorjahreswert jeweils um etwa ein Drittel (- 36 % bzw. - 32 %).

Von Januar bis Mai 2020 verringerten sich die Exporte um 14 % und die Importe um 17 %. Besonders kräftig fielen die Rückgänge im Außenhandelsgeschäft mit den Mitgliedsstaaten der EU aus: Exporte - 18 % und Importe - 22 %.

Lage im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel

Im Mai lagen die Umsatzerlöse des rheinland-pfälzischen Kraftfahrzeug-Handels - einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz - deutlich unter denen des Vorjahresmonats. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems waren die Umsätze sowohl real (um Preisveränderungen bereinigt) als auch nominal (zu jeweiligen Preisen) um 26 % niedriger als im Mai 2019. Die Umsatzerlöse im Handel mit Kraftwagen verringerten sich im Mai 2020 real um ein gutes Drittel gegenüber dem Vorjahreswert. Dennoch waren die Einbrüche infolge der erstmals ganzmonatigen Verkaufsöffnung nach den coronabedingten Einschränkungen nicht so massiv wie im April 2020. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems waren die Umsätze im April 2020 real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 38 % niedriger als im April 2019. Nominal, also zu jeweili-

gen Preisen, betrug der Rückgang 37 %. Im Mai 2020 reduzierten sich die Umsätze im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ um 26 %, der Bereich „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör“ setzte 5,3 % weniger um. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 sanken die realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Kfz-Handels gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15 % (nominal - 14 %).

Im ersten Halbjahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz 46.589 Personenkraftwagen (Pkw) neu zugelassen. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems mitteilt, waren dies mehr als ein Drittel weniger Fahrzeuge als im ersten Halbjahr 2019. Deutschlandweit war ein Rückgang in gleicher Höhe zu verzeichnen. Die Entwicklung dürfte maßgeblich durch die Corona-Pandemie beeinflusst sein. Zwar waren im Januar und Februar dieses Jahres bereits zurückgehende Zahlen bei den Neuzulassungen von Pkw gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen (10,2 % bzw. 14,7 %). Der prozentuale Rückgang stieg aber im März, dem Monat des Beginns der staatlicherseits erlassenen Beschränkungen, sprunghaft auf 36,3 % und im April weiter auf 56,9 % an. Seitdem haben sich die Änderungsraten leicht erholt. Im Mai betrug der Rückgang 49,4 % und im Juni 33,4 %. Der Anteil der Pkw mit alternativen Antrieben ist erneut gewachsen. Im ersten Halbjahr 2020 machten diese Fahrzeuge erstmals mehr als 10 % der Neuzulassungen aus, nämlich 17,2 %. Die Anzahl der neu zugelassenen Pkw mit Hybridantrieb stieg dabei gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 um 70,3 % und die Anzahl der Pkw mit Elektroantrieb um 37 %.

Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020 in Rheinland-Pfalz 60.514 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 30,6 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Neuzulassungen der Pkw gingen dabei am stärksten zurück. Die Neuzulassungen der Lastkraftwagen (Lkw) sanken um 27,7 % und die der Zugmaschinen um 19,5 %. Einzig bei den Krafträdern gab es einen Anstieg um 8 %.

Einzelhandel

Nachdem der Lebensmittel-Einzelhandel wie in den Vormonaten im Mai 2020 ein erneutes Umsatzplus aufweisen konnte, verzeichnete erstmalig auch der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmittel seit Beginn der Corona-Pandemie steigende Erlöse. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, insgesamt um 4,9 % über denen im Mai 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, betrug der Erlösanstieg 5,8 %.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln setzte gegenüber dem Vorjahresmonat real 6,5 % mehr um; das Plus beim Handel mit Nicht-Lebensmitteln belief sich auf 3,8 %. Unter den umsatz-

stärksten Wirtschaftszweigen musste lediglich der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, reale Umsatzverluste gegenüber dem Mai 2019 hinnehmen (- 8,3 %). Im umsatzstärksten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ lagen die realen Zunahmen mit 12,5 % überdurchschnittlich hoch. Deutliche Umsatzsteigerungen gab es im Handel mit dem am Umsatzanteil gemessen weniger bedeutenden Bereich „Verlagsprodukte, Sportausrüstungen und Spielwaren“ (+ 31,6 %). Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag mit 0,2 % gegenüber dem Mai 2019 leicht im Plus. Während sich die Zahl der Vollzeitstellen erhöhte (+ 1 %), ging die der Teilzeitbeschäftigten etwas zurück (- 0,3 %). In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 verbuchte der Einzelhandel ein reales Umsatzplus von 2,2 % (nominal + 3,6 %). Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 0,7 %. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit 0,6 % bzw. 0,7 % positiv.

Zahl der Erwerbstätigen

In Rheinland-Pfalz arbeiteten nach Angaben des Statistischen Landesamtes im ersten Quartal 2020 knapp 2,03 Millionen Erwerbstätige. Gegenüber dem Vorjahresquartal war dies ein Rückgang um 1.100 Personen bzw. 0,1 % (Deutschland: + 0,3 %). Das ergaben vorläufige Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, in dem das Statistische Landesamt Mitglied ist.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz ging erstmals seit dem Beschäftigungseinbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 und 2010 zurück. Dies dürften bereits Auswirkungen der globalen Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt sein. Im dritten und im vierten Quartal 2019 stieg die Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahresquartal noch um 0,5 % bzw. 0,3 %. Zu beachten ist, dass die Kurzarbeitenden nach der Methodik der Erwerbstätigenrechnung zu den Erwerbstätigen und nicht als Erwerbslose zählen. Die Kurzarbeit wirkte somit einem stärkeren Rückgang der Erwerbstätigkeit entgegen.

Tourismus in Zeiten von Corona – Daten

Darstellung der Daten des Statistischen Landesamtes

Als im März 2020 die Gäste- und Übernachtungszahlen für das Jahr 2019 veröffentlicht wurden, erschienen diese Daten wie Zahlen aus einer anderen Welt: 2019 erzielte die rheinland-pfälzische Tourismusbranche bei den Gäste- und Übernachtungszahlen neue Bestmarken. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems übernachteten 9,98 Millionen Gäste im Land. Der Zuwachs gegenüber dem Jahr 2018, das den bisherigen Höchststand markierte, fiel mit 0,3 % gering aus. Die Übernachtungszahlen stiegen um 0,9 % auf 25,87 Millionen und überschritten damit zum fünften Mal in Folge die 25-Millionen-Marke.

Dann kam die Corona-Pandemie. Die zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen im März dieses Jahres hatten deutliche Auswirkungen auf das Beherbergungsgewerbe. Übernachtungsangebote durften seit dem 17.03.2020 nur noch für notwendige, aber nicht mehr für touristische Zwecke genutzt werden. Diese Regelungen ließen nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems die Gästezahlen in den rheinland-pfälzischen Tourismusbetrieben im März 2020 um 61 % gegenüber dem Vorjahresmonat einbrechen. Die Übernachtungen betrugen weniger als die Hälfte der Werte von März 2019 (- 53 %). Insgesamt buchten im März 2020 knapp 240.000 Gäste rd. 707.000 Übernachtungen. Von den Einbrüchen beim Übernachtungsaufkommen waren alle Tourismusregionen betroffen. Am stärksten reduzierte sich die Zahl der Übernachtungen in den Regionen Mosel-Saar und Rheintal (- 60 % und - 58 %). Die Gästezahlen sanken in allen Regionen um mehr als die Hälfte. Auch hier war die Mosel-Saar-Region zusammen mit der Region Ahr am stärksten betroffen (beide - 66 %). Die deutlichsten Rückgänge gab es bei den Privatquartieren (Gäste: - 76 % und Übernachtungen: - 72 %) und den Campingplätzen (Gäste: - 73 % und Übernachtungen: - 77 %), also bei den Betriebsarten mit einem ausgeprägten touristischen Schwerpunkt. Aber auch bei den übrigen Betriebsarten lagen mit Ausnahme der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken die Rückgänge bei den Übernachtungen und Gästen im hohen zweistelligen Bereich. Aufgrund der medizinischen Ausrichtung der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken reduzierten sich hier die Übernachtungen um 7,4 % und die Zahl der Gäste um 16 % und lag damit deutlich unter dem Niveau der anderen Betriebsarten.

Zahlen und Daten aus dem Mai 2020 spiegelten dann die Situation wider, als der rheinland-pfälzische Beherbergungsbetrieb seit Mitte des Monats unter Auflagen wieder erlaubt war. Auch im Mai 2020 beeinträchtigte die Pandemie den Tourismus in starkem Maße, sodass sich der historische Einbruch der Gäste- und Übernachtungszahlen fortsetzte. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems hat sich das Gästeaufkommen in Rheinland-Pfalz im Mai 2020 um 73 % gegenüber dem Vorjahresmonat reduziert und erreichte damit nur noch gut ein Viertel gegenüber Mai 2019. Die Übernachtungszahl lagen bei annähernd

ein Drittel des Wertes vom Mai 2019 (- 68 %). Insgesamt buchten im Mai 2020 gut 266.200 Gäste rd. 780.500 Übernachtungen. Am meisten betroffen von den Rückgängen waren Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie Jugendherbergen.

Im Juni 2020 milderten sich die drastischen Rückgänge der Gäste- und Übernachtungszahlen im Vergleich zum Vormonat leicht ab. Dennoch lag die Zahl der Gäste und Übernachtungen erneut deutlich unter dem Wert des Vorjahresmonats. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems wurden im Juni 2020 rd. 639.000 Gäste gezählt, 42 % weniger als im Juni 2019. Die gebuchten Übernachtungen reduzierten sich um 38 % auf 1,78 Mio. Übernachtungen.

Von Januar bis Juni 2020 buchten 2,07 Mio. Gäste in Rheinland-Pfalz 5,71 Mio. Übernachtungen. Damit ging das Gästeaufkommen um 52 % und die Übernachtungszahl um 48 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück.